

II-8468 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4168 N

1993-01-21

A N F R A G E

der Abgeordneten Böhacker und Kollegen  
an den Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
betreffend AMAG

In einer Aussendung vom 4. Dezember 1992 der ARGE der Betriebsräte am AMAG-Standort Ranshofen werden gegenüber dem Verstaatlichtenminister Klima schwerste Anschuldigungen erhoben. So ist vom "Konkursfall" AMAG die Rede, von "Mißwirtschaft" und "unfähigem Management". Nachdem es hier um Beträge in Milliardenhöhe sowie um tausende Arbeitsplätze geht, können diese Anschuldigungen nicht einfach im Raum stehen gelassen werden. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr die nachstehende

A n f r a g e :

1. Ist es richtig, daß die AMAG ein Konkursfall ist?
2. Ist es richtig, daß - laut Anschuldigung der AMAG-Betriebsräte - ein "unfähiges Management innerhalb weniger Jahre sinnlos Milliarden verschleudert hat"?
3. Die Betriebsräte sprechen von "deutschen Managern", die als hochbezahlte Vorstände und Geschäftsführer die Entscheidungen treffen und am "AMAG-Debakel die Hauptschuld tragen". Wie stehen Sie dazu?
4. Die Betriebsräte werfen die Frage auf, "wie lange noch läßt man die Versager (Anm.: obige "deutsche Manager") in unseren Chefetagen weiter werken". Wie stehen Sie dazu?
5. Die AMAG-Betriebsräte vertreten den Standpunkt, daß die dort verantwortlichen Vorstände und Geschäftsführer - die in den beiden vorherigen Fragen erwähnten "deutschen Manager" - Wirtschaftsverbrechen begangen hätten, für die der Steuerzahler nun teuer bezahlen müsse. Stimmt dies?
6. Wenn ja, welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?



7. Falls die von AMAG-Betriebsräten vorgetragenen Anschuldigungen sich als haltlos erweisen sollten, was werden Sie unternehmen? Falls Sie jedoch richtig sein sollten, werden Sie persönlich Konsequenzen ziehen?
8. Falls sich die Anschuldigungen als richtig herausstellen sollten, wo sehen Sie eine politische und wo eine wirtschaftliche Verantwortung?